

Alt-Mögeldorf

HEFT 7

JULI 1980

28. JAHRGANG



Schloßfestanz

Foto: F. Hoppert, 1966



Monatschrift für Geschichte und Belange Mögeldorfs

Was tut sich in Mögeldorf?

Wie sich die Bilder auf allen Bürgerversammlungen und Stadtteilversammlungen der Parteien gleichen: überall stehen die Verkehrsprobleme und die damit verbundenen Umwelt- und Lärmbelästigungen an erster Stelle, wenn sich Bürger zu kommunalpolitischen Fragen äußern. Warum sollte da Mögeldorf eine Ausnahme spielen? So kommt auch dieser „Monatsreport“ nicht umhin, wieder damit zu beginnen. **Die Sperrung der Balthasar-Neumann-Straße scheint ein echter „Dauerbrenner“ zu werden.** Die beiden SPD-Ortsverbände von Laufamholz und Mögeldorf haben sich nach Zeitungsberichten für die Aufhebung dieser Sperre ausgesprochen, dieselbe Forderung wurde auch auf einer am 9. Juni von der CSU-Fraktion durchgeführten Stadtteilversammlung erhoben – allerdings erfolgte der Widerspruch prompt.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Dr. Schönlein hat in einem Brief vom 2. Mai 1980 an eine Bürgerin in der Hersbrucker Straße, der der Arbeitsgemeinschaft zur Veröffentlichung übergeben wurde, für diese Forderung sein Verständnis, nicht aber seine Zustimmung zum Ausdruck gebracht. Er verdeutlicht dabei nochmals das Ziel seiner Fraktion, durch Bündelung des Verkehrs auf den Hauptverkehrsstraßen zu einer Verkehrsberuhigung der Wohngebiete beizutragen. **Die folgenden Passagen des Briefes seien, um Mißdeutungen vorzubeugen, wörtlich zitiert:** „Aus diesem Grund hat die SPD-Stadtratsfraktion damals auch der Sperrung der Balthasar-Neumann-Straße und Hersbrucker Straße zugestimmt und gleichzeitig einen verkehrsgerechten, jedoch nicht übertriebenen Ausbau der Laufamholzstraße im Stadtrat durchgesetzt. Leider ist diese Zielsetzung bei der CSU ebenso wie bei den Anwohnern der Laufamholzstraße auf erbitterten Widerstand gestoßen. Beim derzeit laufenden Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Laufamholzstraße hängt nun alles davon ab, ob die Regierung von Mittelfranken für diesen durch Kompromisse ohnehin bis an die Grenzen des Vertretbaren reduzierten Ausbau der Laufamholzstraße grünes Licht gibt. Sollten die Anwohner der Laufamholzstraße und im Verbund mit ihr die CSU bei der Regierung von Mittelfranken mit der Forderung durchdringen, die Laufamholzstraße schmaler auszubauen und dafür nach weiteren „Alternativen“ zu suchen, **ist nicht auszuschließen, daß auf längere Sicht über die Dientzenhofer-/Balthasar-Neumann-Straße bzw. die Siedler-/Hersbrucker Straße eine weitere Zufahrt nach Laufamholz erstellt werden muß.** Die SPD-Fraktion hat ein solches Konzept stets entschieden abgelehnt. Sie müßte für die Folgen solcher oder ähnlicher Verkehrsführungen jegliche Verantwortung ablehnen.“ Soweit der Brief.

Für die CSU-Fraktion erklärte auf der schon erwähnten Versammlung deren verkehrspolitischer Sprecher, daß ein Antrag zur Änderung der derzeitigen Regelung Balthasar-Neumann-Straße nicht gestellt werden wird. Gleichzeitig wurde betont, daß das bei der Regierung von Mittelfranken anhängende Verfahren in Sachen Laufamholzstraße nur von den betroffenen Bürgern, nicht jedoch von der CSU betrieben wird. Für viele der Anwesenden wird es eine

Überraschung gewesen sein, daß die SPD in einem besonderen „Mögeldorf-Prospekt“ für die Stadtratswahl 1972 noch die Freihaltung der Wohngebiete vom Durchgangsverkehr durch den Bau einer „Stadtautobahn Ost“ propagiert hatte.

Die Arbeitsgemeinschaft wird die Entwicklung aufmerksam und kritisch verfolgen und die Bevölkerung Mögeldorfs weiter informieren.

Das Antwortschreiben des Referates für Bauverwaltung auf unsere im April-Heft veröffentlichten Anregungen drucken wir im Anschluß an diesen Bericht im Wortlaut ab.

Die für 1980 versprochene und auch auf der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft reklamierte **Straßenbaumaßnahme „Ziegenstraße zwischen Hovenstraße und Im Weller einschließlich Stichstraße zum Weller“** wurde mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 704 900 DM und künftig anfallenden Folgekosten von ca. 11 807 DM im Bauausschuß begutachtet und am 21. 5. 1980 im Stadtrat beschlossen. Nun beginnen die Ausschreibungsformalitäten. Es ist zu erwarten, daß dieses leidige Thema noch in diesem Jahr als erledigt abgehakt werden kann.

Die Thusnelda-Schule hat zweimal die zuständigen Ausschüsse beschäftigt: Auf Anregung der CSU-Fraktion wird der Pausenhof neu gestaltet und zwar so, daß er gleichzeitig als Spiel- und Freizeitfläche verwendet werden kann. Während sich über die Gestaltung dieses Bereiches Eltern, Schüler und Lehrer miteinschalten sollen, steht der Ausbau der Freisportanlage bereits fest. Es soll ein Allwettersportplatz im Ausmaß von 20 x 28 m mit angebauter Weitsprunganlage und einer 65 m langen Laufbahn errichtet werden. Wegen des ungünstigen Grundstückszuschnitts muß auf die Hochsprunganlage verzichtet werden.

Die SPD-Fraktion machte sich Sorgen, daß die Schüler der Thusnelda-Schule im Pausenhof durch die offene Front zur Ostendstraße abgasverseuchter Luft ausgesetzt sind und verlangte entsprechende Abhilfe.

Im Bauausschuß vom 9. 8. 1980 berichtete die Bauverwaltung, daß die vorgenommenen Messungen keine über das übliche Maß hinausgehende Belästigung festgestellt haben. Dennoch soll durch zusätzliche Begrünung eine Verbesserung erreicht werden.

Das Problem **Stellplatznachweis für den Umbau der Satzinger Mühle** ist zum Redaktionsschluß noch nicht abschließend erledigt. Die Leser unseres Heftes werden sich daran erinnern, daß eine gegenüber der Satzinger Mühle vorgesehene Tiefgarage im Ausschuß und im Plenum von allen Fraktionen abgelehnt wurde. Nach den neuen Informationen hatte die Bauverwaltung gerade diese Tiefgarage zur Auflage für die Baugenehmigung des Bauvorhabens Satzinger Mühle gemacht. Die erneute Behandlung wurde im Anschluß wegen der Bedeutung zur direkten Behandlung in den Stadtrat verwiesen. Über das Ergebnis wird wieder berichtet werden.

Erich Wildner

Das Antwortschreiben der Bauverwaltung auf verschiedene Anfragen der AGM liegt vor. Hier der Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Wildner,

Ihr Schreiben vom 12. 2. 1980 habe ich erhalten. Ich habe mich gerne Ihrer Anliegen angenommen und kann Ihnen als Ergebnis einer von mir veranlaßten Überprüfung dazu folgendes mitteilen:

Der unbefriedigende Zustand des Gehweges vor dem Gebäude der Bäckerbank ist uns bekannt. Die Schäden am Plattenbelag sind auf das ständige Befahren des an dieser Stelle verhältnismäßig breiten Gehweges mit Fahrzeugen aller Art, auch mit schweren Lastkraftwagen zurückzuführen. Eine grundlegende Verbesserung der Situation könnte nur durch die Herstellung von Parkstreifen bei gleichzeitiger Erneuerung des Plattenbelages bewirkt werden. Es liegt bereits ein entsprechender Plan für den Ausbau dieses Abschnittes der Ostendstraße vor. Der Plan ist allerdings noch nicht dem Ausschuß für Verkehrswesen vorgelegt worden. Mit einer Realisierung der Planung ist allein schon aus finanziellen Gründen kurzfristig nicht zu rechnen. Ein entsprechender Ansatz ist im MIP nicht enthalten. Einstweilen wird die Abteilung Straßenbau des Hauptamtes für Tiefbauwesen im Rahmen des Straßenunterhaltes für den verkehrssicheren Zustand des Gehweges Sorge tragen.

Zu den Behinderungen des Fußgängerverkehrs längs der Anwesen der Verkehrs-AG und der Firmen Florimex und Dick + Co durch parkende Fahrzeuge ist zu sagen, daß dieses Problem mit verkehrlichen Mitteln leider nicht zu lösen ist. Wenn durch Verkehrszeichen das Senkrechtparken angeordnet würde, kämen die Fahrzeuge mit der Front voll im Gehwegbereich zu stehen, wobei erschwerend hinzukäme, daß es sich bei den rückwärtigen Flächen, auf die die Fußgänger dann ausweichen müßten, teilweise um Privatflächen handelt. Auch das Längsparken kann dort nicht angeordnet werden, da die Abstände zwischen den Bäumen hierfür zu gering sind. Eine generelle Bereinigung wäre auch hier nur durch den Ausbau der Straße möglich.

Die Abteilung Straßen- und Verkehrsaufsicht wird sich mit der Polizeidirektion Nürnberg in Verbindung setzen und um Überwachung des Gehwegparkens im dortigen Bereich bitten. Kraftfahrer, die den Gehweg völlig verstellen, könnten so zur Rechenschaft gezogen werden.

Aufgrund der Beschlüsse des Stadtrates anlässlich der Haushaltsberatungen 1979 und interner Besprechungen zwischen Baureferat und Wirtschaftsreferat sollen die Planungen für ein Seerestaurant, eine öffentliche Bedürfnisanstalt und eventl. Räume für Segler und Windsurfer in einem Gebäude zusammengefaßt werden. Der derzeitigen Grundstückseigentümerin wurde ein Grundstückstausch vorgeschlagen. Die Antwort steht noch aus. Erst nach Abschluß der Verhandlungen können Gespräche mit interessierten Pächtern für das Seerestaurant eingeleitet werden.

Ob das geplante Restaurant schon 1981 erstellt werden kann, hängt vom Verlauf vorstehender Verhandlungen ab. Bis dahin wird das städtische Reinigungs- und Fuhramt, wie bisher, in der warmen Jahreszeit eine fahrbare Bedürfnisanstalt als Provisorium aufstellen.

Mit freundlichen Grüßen
Voigt

Ludwig Wolf, der Erfinder der Feldpostnummern

Wer den 2. Weltkrieg miterlebt hat, weiß, daß die Anschrift der Postsendungen für die im Felde stehenden Soldaten lediglich aus einer Nummer, nämlich der **Feldpostnummer**, bestand.

Wer aber weiß, daß der Erfinder dieser Feldpostnummern ein Mögelderfer war und vor 100 Jahren hier seine Kindheit verbrachte?

Ludwig Wolf wurde im März 1877 als jüngstes Kind des Lehrers Thomas Wolf im Schulhaus zu Laufamholz geboren. Seine Mutter war eine geborene Seufferheld von Mögeldorf. Schon im Jahre 1884 verlor er seinen Vater, und seine Mutter verzog im gleichen Jahre mit ihren drei Kindern wieder nach Mögeldorf, zunächst in das Vogelsche Wohnhaus in der Mögelderfer Hauptstraße, das später abgebrochen und dem Neubau der heutigen Apotheke zum Strauß weichen mußte. Einige Jahre später siedelte sie in das Speckhardtsche Haus Gleishammerstraße 176 über.

Ludwig Wolf besuchte von 1884–88 die Volksschule in Mögeldorf und da die Witwenpension der Mutter zu einem größeren Studium der Kinder nicht ausreichte, die 5 klassige Landwirtschaftsschule in Nürnberg-Lichtenhof, die er 1893 absolvierte, und die ihm das Berechtigungszeugnis zum Einjährigen Freiwilligendienst im deutschen Heer verlieh. Er war ein sehr guter Zeichner und hatte deshalb wenig Lust, sich weiter mit Landwirtschaft zu befassen. Er wollte sich vielmehr mit dem Besuch der damaligen Kunstschule in Nürnberg und an der Akademie der bildenden Künste in München zum Künstler ausbilden. Diese Pläne aber scheiterten an den unzureichenden Mitteln von zu Hause und so mußte er sich schweren Herzens dazu entschließen, in den Postdienst zu treten, um möglichst bald auf eigenen Füßen zu stehen und um das Elternhaus zu entlasten.

Im Jahre 1899–1900 genügte er seiner Einjährig-Freiwilligenpflicht im 10. Infanterie-Reg. in Ingolstadt. Er wurde wegen seiner Tüchtigkeit bereits nach 6 Monaten zum Unteroffizier befördert und zum Reserveoffiziersaspiranten ernannt. Kurz vor Beginn des 1. Weltkrieges heiratete Wolf eine Nürnberger Postbeamtin und wurde nach München versetzt.

Während des Krieges leitete er ein Feldpostamt in Frankreich. Bei dieser Gelegenheit wurde er auf die vielen, in den Ortschaften des feindlichen Auslandes weggeworfenen Briefumschläge und Feldpostkarten aufmerksam, die die Regiments-, Brigade-, Divisions- und Armeekorpsnummern trugen und somit der feindlichen Spionage Tür und Tor öffneten.

Wolf suchte nach Mitteln, um diesem Übel abzuhelpfen und entwarf einen Plan, mittels 5–6 stelliger Zahlen, von denen jede einzelne eine bestimmte Bedeutung hatte, die nur den Postbeamten bekannt sein sollten und die die Zugehörigkeit zu den einzelnen Truppenteilen bezeichneten. Noch während des Krieges unterbreitete Wolf seinen Vorschlag zur Einführung dieser Feldpostnummern dem Reichspostministerium in Berlin, das ihm den Eingang seiner Zuschrift nach längerem Warten bestätigte, und ihm zusicherte, daß